



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Bergedorf
Bezirksversammlung

Antrag öffentlich	Drucksachen-Nr.: 22-0789
	Datum: 17.04.2026
CDU-Fraktion	Aktenzeichen:

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
	Bezirksversammlung Bergedorf	30.04.2026

Katastrophenschutz stärken: Mehr Schwimmzeiten in Bergedorf für Rettungsschwimmerausbildungen

Sachverhalt:

Antrag
der BAbg Pelch, Froh, Dietrich und Fraktion der CDU

Die aktuelle weltpolitische Lage sowie zunehmende Anforderungen im Bereich des Katastrophen- und Zivilschutzes machen deutlich, dass funktionierende Rettungsstrukturen vor Ort unverzichtbar sind. Neben Feuerwehr, THW und weiteren Hilfsorganisationen spielen insbesondere qualifizierte Rettungsschwimmerinnen und Rettungsschwimmer eine zentrale Rolle bei der Bewältigung von Notlagen, sei es bei Hochwasserereignissen, Großschadenslagen oder Badeunfällen.

Im Bezirk Bergedorf ist jedoch im Vergleich zu den anderen Hamburger Bezirken in den letzten Jahren ein deutlicher Mangel an nachrückenden Rettungsschwimmern festzustellen. Dieses ist im Kern auf fehlende Schwimmzeiten, in geeigneten zentralen Schwimmbädern, zurückzuführen. Neue Mitglieder für die entsprechenden Organisationen werden nahezu ausschließlich über die Rettungsschwimmerausbildung gewonnen.

Hier besteht im Bezirk Bergedorf, im Vergleich zu den anderen Bezirken, ein erhebliches Defizit. Derzeit steht mit dem Bille-Bad lediglich eine geeignete Schwimmhalle zur Verfügung, deren Kapazitäten bereits jetzt stark ausgelastet sind. Zusätzliche Wasserzeiten für die Ausbildung von Rettungsschwimmern sind kaum oder gar nicht verfügbar.

Das geplante Schwimmbad in Oberbillwerder wird zwar perspektivisch eine Entlastung bringen, jedoch ist dessen Realisierung erst in einigen Jahren zu erwarten. Zudem ist bereits jetzt absehbar, dass auch dieses Bad allein nicht ausreichen wird, um den steigenden Bedarf – insbesondere vor dem Hintergrund wachsender Bevölkerungszahlen – zu decken. Für die Rettungsschwimmerausbildung sind zudem spezifische Anforderungen an die Infrastruktur

notwendig, insbesondere Becken mit einer Länge von mindestens 25 Metern sowie ausreichender Tiefe. Diese Voraussetzungen müssen bei zukünftigen Planungen zwingend berücksichtigt werden.

Hamburg weite Erhebungen zeigen zudem, dass rund 20 % der Grundschulkinder nicht schwimmen können. Auch die fehlenden Schwimmzeiten für Schüler sind mit zu berücksichtigen.

Vor diesem Hintergrund ist es dringend erforderlich, die Schwimminfrastruktur im Bezirk Bergedorf gezielt auszubauen und insbesondere die Rahmenbedingungen für die Rettungsschwimmerausbildung deutlich zu verbessern.

Um kurzfristig und mittelfristig Verbesserungen zu erzielen, sind neben dem Neubau eines weiteren Schwimmbades auch alternative Lösungen zu prüfen. Hierzu zählen beispielsweise die saisonale Überdachung geeigneter Freibäder, um diese ganzjährig für Ausbildungszwecke nutzbar zu machen, wie es in anderen Kommunen bereits erfolgreich umgesetzt wurde.

Petition/Beschluss:

Vor diesem Hintergrund möge die Bezirksversammlung beschließen:

Die Bezirksamtsleiterin wird gebeten, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen,

1. dass kurzfristig zusätzliche Schwimmzeiten im Bille-Bad oder nahegelegenen Schwimmbädern gezielt für die Rettungsschwimmerausbildung bereitgestellt werden.
2. dass der Bedarf für ein weiteres Schwimmbad im Bezirk Bergedorf unter besonderer Berücksichtigung des Katastrophenschutzes und der Rettungsschwimmerausbildung von Bäderland neu bewertet wird.
3. dass geeignete Standorte und Realisierungsmöglichkeiten für ein zusätzliches Schwimmbad im Bezirk geprüft werden und dabei die Anforderungen der Rettungsschwimmerausbildung (insbesondere 25-Meter-Becken und ausreichende Wassertiefe) verbindlich berücksichtigt werden.
4. dass ergänzend alternative Lösungen zur Schaffung zusätzlicher Wasserzeiten untersucht werden, z.B. die saisonale Überdachung von Freibädern zur Nutzung in den Wintermonaten für Ausbildungszwecke und ob hierfür Mittel aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten – Schwimmbäder“ akquiriert werden können.
5. dass die Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen (z. B. DLRG, DRK, SiWa) intensiviert wird, um deren Bedarfe bei der Planung und Vergabe von Wasserzeiten systematisch zu berücksichtigen.
6. dem Hauptausschuss im September über die Ergebnisse zu berichten.

Anlage/n:
